

Pressemitteilung

19.10.2026

Aus für zwölf Integrationszentren: Sechs erfahrene freie Träger verlieren zum Jahresende Förderung der Sozialbehörde

Die bislang von sechs Trägern betriebenen Hamburger Integrationszentren führten allein im vergangenen Jahr knapp 33.000 Beratungen durch und unterstützten Menschen bei Fragen zu Aufenthalt, Arbeit, Bildung, Sprache, Existenzsicherung, Sozialleistungen und gesellschaftlicher Teilhabe. Die Finanzierung der bestehenden Integrationszentren in ihrer bisherigen Trägerschaft wird von der Sozialbehörde zum 31.12.2026 beendet.

Die Hamburger Sozialbehörde hat sich gegen die Weiterförderung der bisherigen Trägerschaften von BI Bildung und Integration Hamburg Süd gGmbH, Caritasverband für das Erzbistum Hamburg e. V., Diakonie Hamburg, Interkulturelle Begegnungsstätte e. V. (IKB), Internationaler Bund (IB) und verikom gGmbH entschieden. Die Trägerschaften wurden im Rahmen einer öffentlichen Bekanntgabe neu vergeben.

Die sechs Träger, die seit mehr als 20 Jahren in der Hamburger Migrations- und Integrationsarbeit tätig sind, hatten sich gemeinsam mit einem trägerübergreifenden Konzept an dem Verfahren beteiligt. Nach den den Trägern vorliegenden Informationen fand dieses Konzept bei der Auswahlentscheidung keine Berücksichtigung, obwohl im Konzeptantrag des Verbunds alle Ausschreibungsanforderungen der Sozialbehörde vollumfänglich erfüllt wurden.

„Für uns als Migrant:innen-Selbstorganisation ist es ein wirklich herber Schlag, der unseren Verein auch existenziell gefährdet. Vorrangig geht es uns um die Menschen, die unser Beratungsangebot nutzen und sich nun fragen, wo sie künftig Unterstützung finden. Es sind gewachsene Strukturen und Vertrauensverhältnisse, die in den Bezirken und Stadtteilen verlorengehen. Partizipation von Migrant:innen und die Beteiligung migrantischer Vereine sollten sich nicht nur in politischen Zielsetzungen, sondern auch in der Förderung konkreter Angebote widerspiegeln“, sagt Emine Güney, geschäftsführende Vorständin der IKB e. V.

Die bestehenden Integrationszentren leisten seit vielen Jahren wohnortnahe Beratung und unterstützen Menschen bei komplexen sozialen, aufenthaltsrechtlichen, familiären und arbeitsmarktbezogenen Fragestellungen. Darüber hinaus haben sie belastbare Netzwerke mit Behörden, Schulen, Kitas, Jobcentern, sozialen Einrichtungen und weiteren Akteurinnen und Akteuren in den Hamburger Stadtteilen aufgebaut.

Besonders kritisch bewerten die Träger, dass die Integrationszentren erst Mitte 2025 im Rahmen einer neuen Förderrichtlinie grundlegend neu ausgerichtet wurden. Dabei wurde die mobile Beratung in Wohnunterkünften ausgebaut. Diese Förderung war bis Ende 2028 angelegt. Zahlreiche personelle und organisatorische Anpassungen der Träger erfolgten im Vertrauen auf diese Perspektive. Nun werden diese Strukturen bereits nach kurzer Zeit unwiederbringlich zerstört.

Die Entscheidung fällt in einer Zeit, in der weiterhin viele Menschen Unterstützung im Asyl-, Integrations- und Teilhabeprozess benötigen. Die Träger sehen deshalb die Gefahr, dass mit dem Wegfall der Einrichtungen erhebliche Beratungskapazitäten sowie bewährte Zugänge zu besonders unterstützungsbedürftigen Zielgruppen verloren gehen.

„Die Frage ist nicht, ob Beratung in Wohnunterkünften oder in den Stadtteilen benötigt wird. Beides ist wichtig, und mobile, digitale und aufsuchende Angebote können dabei sinnvolle Bausteine sein. Sie ersetzen jedoch nicht eine fachlich fundierte Beratungsarbeit und die feste Verankerung im Sozialraum. Wer die eine Struktur stärkt, aber die andere parallel abbaut, riskiert gravierende Versorgungslücken und den Verlust gewachsener Unterstützungsnetzwerke“, erläutert Judith Geipel, Geschäftsführerin der BI Hamburg Süd gGmbH.

„Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte benötigen qualifizierte Unterstützung im Integrationsprozess. Hamburg braucht deshalb starke und verlässliche Angebote sowohl in den Wohnunterkünften als auch in den Quartieren und keinen Zickzackkurs in der Förderpolitik“, betont auch Sangeeta Fager, Geschäftsführerin verikom gGmbH.

Mit dem Wegfall der Förderung werden nach aktuellem Stand zum 31.12.2026 folgende Standorte geschlossen werden müssen:

- Integrationszentrum Mitte II / Wilhelmsburg und Veddel (BI Hamburg Süd)
- Integrationszentrum Harburg (BI Hamburg Süd)
- Integrationszentrum Steilshoop (Caritasverband für das Erzbistum Hamburg e. V.)
- Integrationszentrum Bergedorf (Caritasverband für das Erzbistum Hamburg e. V.)
- Integrationszentrum Bergedorf (Internationaler Bund)
- Integrationszentrum Wandsbek / Tonndorf (Internationaler Bund)
- Integrationszentrum Eimsbüttel (IKB e. V.)
- Integrationszentrum Mitte / St. Pauli (IKB e. V.)
- Integrationszentrum Altona (verikom gGmbH)
- Integrationszentrum Billstedt (verikom gGmbH)
- Integrationszentrum Mitte-Zentral (verikom gGmbH)
- Integrationszentrum Nord (Diakonie Hamburg)

Mit den Standortschließungen gehen zahlreiche Kündigungen von hochqualifizierten, engagierten Mitarbeiter:innen einher und mit ihnen der Verlust von Kooperations- und Unterstützungsstrukturen in den Stadtteilen. Besonders Menschen mit komplexen Unterstützungsbedarfen, die bislang über lokale Netzwerke und feste Standorte erreicht wurden, werden ab Januar 2027 keine Anlaufstellen mehr haben.

Für weitere Fragen und Informationen:

Sangeeta Fager, verikom gGmbH, 040.238 55 83 21, gf@verikom.de

Judith Geipel, BI Hamburg Süd gGmbH, 040.756 0123-10, leitung@bi-hh-sued.de

Malte Habscheidt, Diakonisches Werk Hamburg, 0151.18 44 01 00, habscheidt@diakonie-hamburg.de

Suzana Kamperidis, Interkulturelle Begegnungsstätte e. V., 040.57 30 930-12, info@ikbev.de

Michael Pintz, Internationaler Bund, michael.pintz@ib.de oder Nils Flagge, 0170.56 00 096, nils.flagge@ib.de

Jan Spekker, Caritasverband für das Erzbistum Hamburg e.V., 0175.690 23 12, jan.spekke@caritas-im-norden.de